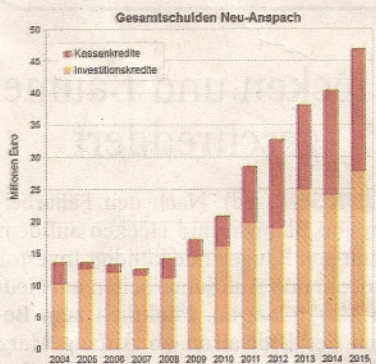


# Anstieg=Abbau?

Der B-NOW-Kandidat hat nachgerechnet.



UA 4.3.2016

Wahrscheinlich wird jetzt wieder einer sagen: „Der hat keine Ahnung von Zahlen.“ Aber ich habe mir Unterstützung vom Hessischen Statistischen Landesamt geholt. Dessen Zahlen zeigen es eindeutig: von 12,6 Millionen Euro im Jahr 2007 steigen die Gesamtschulden (also inklusive Kassen-/Überziehungskrediten) von Neu-Anspach ständig weiter an. Es werden Jahr für Jahr mehr. 2011 (letzte Kommunalwahl) waren wir schon bei 28,6 Millionen, also mehr als das Doppelte von 2007, und 2015 bei 40,4 Millionen. 2015 werden wir laut Prognosen des Bürgermeisters im Herbst bei 46,9 Millionen Euro liegen. Schon heftig dieser Schuldenanstieg in Neu-Anspach. Warum nur? Was war in den Jahren? Wie sieht das in den Nachbarkommunen aus? Bei diesem deutlichen, ja fast dramatischen Schuldenanstieg, wundern einen doch die Versprechen in den Wahlprogrammen sehr, die es ähnlich auch schon 2011 gab. CDU: „... um den Schuldenabbau konsequent fortzusetzen.“ SPD: „... Der Schuldenabbau muss also fortgesetzt werden.“ FWG: „Eine nachvollziehbare, vorausschauende und transparente Finanzpolitik.“

Was soll da „fortgesetzt“ werden? Wo bitte ist bei der Schuldenentwicklung ein Schulden-AB-bau zu erkennen?

Die Gesamtschulden steigen doch seit zehn Jahren immer weiter AN! Die heutigen Lokalpolitiker haben uns über Jahre in eine Schuldenkrise gesteuert. Obwohl im Volksentscheid 2011 über 70 Prozent der Bürger für eine Schuldenbremse gestimmt haben.

Warum zieren sich heutige Stadtverordnete und Parteien, diesen anhaltenden Schuldenanstieg zuzugeben?

Warum versucht man, uns Bürgern stattdessen zu verkaufen, das sei transparente vorausschauende(!) Finanzpolitik? Und dies sichere die Kontinuität der städtischen Finanzpolitik? Kontinuität in welche Richtung?

Wie bitte, für wie dumm hält man uns Bürger eigentlich, einen Anstieg als Abbau zu verkaufen?

**Klaus Golinski**  
Neu-Anspach

# Wählen gehen

Zum Thema Windkraft meldet sich ein B-NOW-Kandidat.

Es ist schon auffällig, wie sehr die Parteien vor der Kommunalwahl jeden Tag eine neue „Sau“ durch die Orte treiben. Ich erinnere mich noch, wie die Parteien im vergangenen Jahr mit Transparenz vor weitreichenden Entscheidungen den Bürgerwillen ausgelotet haben.

Ob der Windindustriepark, die wiederkehrende Straßenbeitragssetzung, der Biomüll oder die Grundsteuererhöhung – alles im Einklang mit dem geschöpften Bürger. Die Stadtverordnetenversammlungen mussten teilweise vor den Begeisterungstürmen der Bürger ordnungspolizeilich gesichert werden. Das alles geht mir durch den Kopf, wenn ich am Sonntag wählen gehe. Ich bin froh, dass bis heute keine Genehmigung für die Windmonster erteilt wurde. Es zeichnet sich immer mehr ab, dass das Gesundheitsproblem mit der zunehmenden Höhe der Anlagen wächst (Infraschall). Deshalb wurde vor dem Bundesverfassungsgericht Klage und Verfassungsbeschwerde erhoben.

**Peter Jaberg**  
Neu-Anspach